

# Tages Anzeiger

Die unabhängige Schweizer Tageszeitung

Mittwoch  
6. Juni 2018

126. Jahrgang Nr. 128  
Fr. 4.20 / AZ 8021 Zürich



**Comedy-Rocker**  
Junge Komiker  
erobern Schweizer  
Bühnen - und mehr.  
29

**Mangroven**  
Die Küstenbäume  
schützen das Land  
vor Hochwasser.  
38

**Alles im Griff**  
So hilft Apple mit  
neuen Tools beim  
Zeitmanagement.  
33

**Costa Rica**  
Ein Augenschein  
im Land des  
WM-Gegners.  
26

## Bund publiziert falsche Zahlen zu Ausschaffungen

Die Härtefallklausel kommt seltener zum Einsatz, als das Statistikamt meldet. Die Kantone sind verstimmt.

**Fabian Schäfer**  
Bern

Das Bundesamt für Statistik (BFS) stellt die Justiz lascher dar, als sie ist. Am Montag hat das Amt erstmals Zahlen zum neuen Regime bei der Ausschaffung krimineller Ausländer publiziert. Darin identifiziert das Amt 1210 Urteile, die nach neuer Rechtslage obligatorisch zu einer Landesverweisung führen müssten. Aber nur in 54 Prozent dieser Fälle kam es laut den BFS-Zahlen auch wirklich zur Ausschaffung. In den anderen setzte die Justiz demnach die Härtefallklausel ein, die nur für Ausnahmesituationen gedacht ist.

Damit rief das BFS zum einen die SVP auf den Plan, die prompt heftige Kritik übte. Zum anderen schreckte das Amt aber auch die Justizbehörden mehrerer Kantone auf, die die neuen Zahlen nicht nachvollziehen konnten. Einen Tag nach der Veröffentlichung machte das BFS das Problem ausfindig: Seine Statistik umfasst viele Fälle, für die das Gesetz

gar keine obligatorische Ausschaffung verlangt. Gemeint sind Betrugsdelikte, für die nur in Spezialfällen ein Landesverweis vorgesehen ist. Die Umsetzung der SVP-Ausschaffungsinitiative erfasst Betrug nur dann, wenn es dabei um Sozialhilfe, Sozialversicherungen oder Steuern geht. Dennoch liess das BFS alle Betrugsfälle in seine Statistik einfließen. Das fällt ins Gewicht: Ohne diese Delikte läge die Quote nicht bei 54, sondern bei fast 70 Prozent.

Die Neuinterpretation stiess gestern Abend auf wenig Begeisterung: FDP-Ständerat Andrea Caroni sagte der «Aargauer Zeitung», dass er in einem politisch so sensiblen Bereich vom BFS mehr Sorgfalt erwartet hätte. SVP-Nationalrat Gregor Rutz findet, die Härtefallklausel komme auch so oft zur Anwendung. Und der Freiburger Generalstaatsanwalt Fabien Gasser hielt gegenüber dieser Zeitung fest, dass man noch gar keine aussagekräftigen Zahlen haben könne, weil in schwereren Fällen noch keine Urteile vorliegen. (fab) - Seite 4

## Thomas Aeschi sagt, bürgerliche Ständeräte seien SP-Marionetten

Einen Tag vor der mit Spannung erwarteten Ständeratsdebatte über den grossen Steuer-AHV-Deal übt SVP-Fraktionschef Thomas Aeschi heftige Kritik an der kleinen Kammer. «Die ehemalige «Chambre de Réflexion» ist zur «Chambre du Socialisme» geworden», sagt Aeschi im Interview mit dieser Zeitung. Das zeige sich jetzt beim Steuer-AHV-Deal, den die Wirtschaftskommission des Ständerats ausgehandelt hat und den sie morgen dem Ratplenium vorlegt.

Als Drahtzieher des umstrittenen Deals sieht Aeschi Christian Levrat. Der SP-Präsident sei im Ständerat derzeit der starke Mann. «Er gibt den Kurs vor, macht einen Deal mit seinen Gehilfen

aus der CVP, den die SVP und die FDP nicht mehr alleine kippen können», so Aeschi. Auf bürgerlicher Seite gebe es «keinen Ständerat und auch keine Ständerätin, der oder die zurzeit gleich stark ist wie Christian Levrat», sagt Aeschi in seinem ersten grösseren Interview als Fraktionschef. Der SP-Chef lasse sich nur stoppen, wenn die SVP bei den nächsten Wahlen im Stöckli stärker werde. «Wir müssen diesen linken Ständerat stoppen», so Aeschi.

Beim Steuer-AHV-Deal will Aeschi nun in der grossen Kammer korrigierend eingreifen. «Der Nationalrat darf das Paket in seiner jetzigen Form auf keinen Fall abnicken.» (rbi/hä) - Seite 5

## Ein Land will neue Kleider



Foto: Diana Zeyneb Alhindawi (NYT, Laif)

Alte Kleider spenden und damit etwas Gutes tun: So einfach ist es nicht. Längst ist daraus ein globales Milliardengeschäft geworden. Ruanda hat genug - und will Altkleiderimporte verbieten. Doch was bedeutet das für die Näherinnen und Händler in Kigali? - Seite 12

### Service

Börse	10	Veranstaltungen	34
Leserbriefe	15	Rätsel	36
Todesanzeigen	18	Wetter	37
Fernsehprogramme	24		

**Abo-Service** 044 404 64 64

[www.tagesanzeiger.ch/abo](http://www.tagesanzeiger.ch/abo)

**Inserate** 044 248 40 30

E-Mail: [inserate@tages-anzeiger.ch](mailto:inserate@tages-anzeiger.ch)

Inserate online buchen: [www.adbox.ch](http://www.adbox.ch)

**Redaktion** 044 248 44 11, Werdstrasse 21, 8004 Zürich, Postadresse: Postfach, 8021 Zürich [redaktion@tages-anzeiger.ch](mailto:redaktion@tages-anzeiger.ch)

**Leserbriefe** [leserbriefe@tages-anzeiger.ch](mailto:leserbriefe@tages-anzeiger.ch)

**Online** [www.tagesanzeiger.ch, news@newsnet.ch](http://www.tagesanzeiger.ch, news@newsnet.ch)



### Kommentare & Analysen

## «Die Italiener sollten auf die Provokation souveräner reagieren.»

Sandro Benini über Spaghetti auf dem «Spiegel»-Cover. - Seite 13

Ist die Formel E ein Gewinn für Zürich oder ein stadtfreundlicher Anlass? - Seite 21

Zu viele Operationen, zu viel Bürokratie: Sparpotenzial beim Gesundheitswesen. - Seite 19

### Heute

## Vollgeldinitiative: Komiteemitglied spricht vor Rechtsextremen

Das Komitee der Vollgeldinitiative wehrt sich gegen die Vereinnahmung durch Rechtsextreme, Verschwörungstheoretiker und Staatsleugner. Dennoch trat kürzlich ein Mitglied des Komitees selber vor einer rechtsradikalen Vereinigung auf. Die Initianten relativieren den Auftritt. - Seite 3

## Putin sieht Chance für Neubeginn im Verhältnis zur EU

Wladimir Putin sieht die Chance für einen schrittweisen Neubeginn in den Beziehungen zwischen der EU und Russland. Das sagte der russische Präsident bei seinem Arbeitsbesuch gestern in Wien. Es laufe ein Dialog mit Vertretern aus Brüssel. Die aktuellen Sanktionen seien für alle schädlich. - Seite 7

## Postfinance streicht jede fünfte Stelle

Postfinance kündigte gestern einen weiteren Stellenabbau an: Bis 2020 sollen zusätzlich 500 Jobs gestrichen werden. Dabei wird es auch zu Entlassungen kommen, die genaue Zahl ist noch unklar. Rechnet man die im vergangenen September angekündigten Kürzungen dazu, so baut Postfinance im Zuge des Sparplans «Victoria 2020» insgesamt rund 20 Prozent der Stellen ab. Die Bank begründete dies mit verändertem Kundenverhalten wegen der Digitalisierung sowie Druck auf die Erlöse wegen der niedrigen Zinsen. Gewerkschaften kritisieren den Abbau und die scheinbar erfolglose Kommunikation. (ali) **Kommentar Seite 2, Bericht Seite 9**

## Rheinau testet Grundeinkommen

Die gut 1300 Einwohnerinnen und Einwohner der Zürcher Grenzgemeinde Rheinau sollen für ein Jahr ein bedingungsloses Grundeinkommen erhalten. Die Gemeinde unterstützt ein privat organisiertes Experiment. Vor zwei Jahren hatte die Schweizer Stimmbewölkerung zu einer entsprechenden Initiative wuchtig Nein gesagt. Die Abstimmung hatte aber die Schweizer Filmemacherin Rebecca Panian dazu veranlasst, einen Schweizer Ort zu finden, der sich für ein solches Experiment zur Verfügung stellt. Die für das Pilotprojekt benötigten 3 bis 5 Millionen Franken sollen über Stiftungen, Spenden und ein Crowdfunding finanziert werden. (Red) - Seite 17